



2019/04 Thema

<https://www.jungle.world/artikel/2019/04/es-geht-nicht-nur-um-bomben-und-schusswaffen>

Akinola Olojo, Sozialwissenschaftler und Konfliktforscher, im Gespräch über die Politik der Terrorgruppen Boko Haram und al-Shabaab

»Es geht nicht nur um Bomben und Schusswaffen«

Interview Von **Carl Melchers**

Der Kampf gegen Boko Haram oder al-Shabab findet auch in den lokalen Gemeinden statt und geht über die Anwendung von Gewalt hinaus, erklärt Akinola Olojo im Interview. Olojo forscht über Terrorismus in Subsahara-Afrika am Transnational Threats and International Crime Programme an dem Institute for Security Studies in Pretoria, Südafrika.

Sie forschen zum Terrorismus in der Subsahara, insbesondere dem der Gruppe Boko Haram in Nigeria. Wie haben Sie deren Entwicklung verfolgt?

Ich forsche seit 15 Jahren zum Thema und habe auch viel Feldforschung in der Region betrieben, vor allem in Kenia, Nigeria und den umliegenden Staaten Nigerias. Das ist die Region, in der die militante islamistische Gruppe Boko Haram entstanden ist.

Ist das nicht gefährlich?

Nun ja, das sind Orte, in denen es Gemeinden gibt, deren Einwohner nach wie vor dort leben müssen. Ihre Lebensgrundlage ist dort und sie können in der Regel nirgendwo sonst hin. Es ist riskant, wenn man dort Interviews führen will. Aber wir tun unser Bestes, um mit den Menschen an Ort und Stelle in Kontakt zu kommen, damit wir eine realistische Politikberatung machen können.

Was konnten Sie dort konkret beobachten?

Boko Haram hat in den vergangenen Jahren etliche Wandlungen durchgemacht. Selbst der Eigenname der Gruppe hat sich verändert. Seit 2009 nennt sie sich »Jama'atu ahli Sunnah Lidda'awati Jihad« (in etwa: »Gruppe der Angehörigen der Sunna für die Verbreitung des Islam und den Jihad«, Anm.d.Red.). Die Anfänge der Gruppe lassen sich bis ins Jahr 2002 zurückverfolgen. Den Namen Boko Haram bekam die Gruppe von der lokalen Bevölkerung. Das bedeutet je nach Übersetzung soviel wie »westliche Bildung ist verboten«.

Der Name ist aber eine Fremdbezeichnung. Die lokale Bevölkerung nannte die Gruppe so, weil sie nicht nur gegen westliche Erziehung, sondern auch gegen westliche Institutionen

und Werte kämpfte, was in Nigeria eine lange Vorgeschichte in der kolonialen Vergangenheit hat. Man bezeichnete die Gruppe damals auch als die nigerianischen Taliban. Wer diese Bezeichnung zuerst benutzte ist nicht ganz klar, aber das war unmittelbar nach den Anschlägen vom 11. September auf die USA.

Wie haben Sie das in der Feldforschung erlebt?

Ich war in Maiduguri, das ist die Hauptstadt der Provinz, die das Epizentrum der Gewalt durch Boko Haram ist. Es herrscht dort einerseits die Gewalt von Boko Haram. Aber es gibt auch die Reaktion der Regierung in Form einer multinationalen Eingreiftruppe, an der sich neben Nigeria auch die Nachbarstaaten Niger, Tschad und Kamerun beteiligen. Aber auch die lokalen Gemeinden versuchen, eigenständig auf den Konflikt zu reagieren.

Sie haben beispielsweise die Civilian Joint Task Force gebildet. Ab 2013 arbeitete die zivile Task Force eng mit der multinationalen Task Force zusammen. Was wir dort sehr gut sehen konnten, war, dass der Kampf gegen Gruppen wie Boko Haram oder al-Shabab über die Anwendung von Gewalt hinausgeht. Es geht nicht nur um Bomben und Schusswaffen.

»Die Feindschaft zwischen dem Islamischen Staat und al-Qaida reproduziert sich in Afrika, wenn beispielsweise al-Shabaab in Somalia den lokalen Ableger des Islamischen Staats bekämpft.«

Was meinen Sie damit?

Eine Sache, mit der wir uns beschäftigt haben, waren die Gründe, warum Leute sich solchen Gruppen anschließen. Wir beobachteten Armut als einen der sogenannten *push factors*, also Bedingungen, die eine Hinwendung begünstigen.

Die große Armut ist zwar nicht unbedingt der alles erklärende Faktor, aber sie spielt den Jihadisten oft in die Hände. Andere fühlen sich von der Ideologie angezogen, die wir als *pull factor* bezeichnen, etwas wodurch Menschen in diese Gruppen hineingezogen werden. Sie nehmen bestimmte Narrative aus dem Islam, die sie in ihrer Propaganda benutzen, um ihren Kampf zu legitimieren. Die Religion wird hier zu einem Werkzeug der Propaganda.

Aber ist die Religion nicht auch das tatsächlich Handlungsmotiv dieser Gruppen?

Das Feld der Religion ist selbst umkämpft. Man findet in der Sahel-Zone auch sehr strenggläubige Moslems und konservative Kleriker, die sich nicht unbedingt diesen Gruppen anschließen. Es ist nicht ein Kampf der Moslems gegen die anderen Bevölkerungsgruppen, sondern auch ein Kampf einer Gruppe mit sehr speziellen Vorstellungen vom Islam um den Alleinvertretungsanspruch. Die Religion ist in diesem Fall ein Werkzeug, mit dem Politik gemacht wird.

Inwieweit arbeiten die militanten islamischen Bewegungen in der Region und weltweit zusammen?

Zum einen gibt es Gruppen, die sich mit Bewegungen außerhalb Afrikas verbünden, zum anderen sind diese Gruppen aber auch lokal verankert. Ich denke nicht, dass man von einer Bewegung in Richtung eines globalen Kalifats sprechen kann, und bezweifle, dass diese Gruppen selbst daran glauben, dass dies derzeit möglich ist. Innerhalb der Terrorgruppen gibt es sehr viel Streit und Spaltungen. Das fängt schon damit an, dass

auch in Afrika die großen Religionen alles andere als homogen sind. Im Islam finden wir traditionell Sufis und Sunniten, die sich wiederum in verschiedene Glaubensschulen aufteilen. Diese Gruppen akzeptieren nicht unbedingt den Führungsanspruch von Leuten, die nicht ihrer eigenen Richtung angehören. Das hindert existierende militante Gruppen allerdings nicht daran, sich mit ähnlich gesinnten Gruppen im Rest der Welt zu verbünden. 2015 erklärte Boko Haram die Zugehörigkeit zum sogenannten Islamischen Staat in Syrien und dem Irak und bereits 2012 erklärte al-Shabaab die Loyalität zu al-Qaida.

Aber al-Qaida und der Islamische Staat sind sich nicht eben grün.

Sie sind sogar Feinde. Und die Feindschaft zwischen dem Islamischen Staat und al-Qaida reproduziert sich bei ihren lokalen Verbündeten in Afrika, wenn beispielsweise al-Shabaab in Somalia den lokalen Ableger des Islamischen Staats bekämpft. Im Fall von Boko Haram gab es 2016 eine Fraktion, die sich abgespalten hat, sich als Islamischer Staat der Provinz Westafrika bezeichnete und sich dem Islamischen Staat in Syrien und im Irak anschloss, sich aber nicht mit der ursprünglichen Gruppe versteht. Es kommt also vor, dass es trotz ideologischer Ähnlichkeiten auf der operationalen Ebene zu schwerwiegenden Differenzen kommt.

Worin besteht die konkrete gegenwärtige Bedrohung durch solche Gruppen für die größeren Demokratien in der Region, wie etwa Kenia und Nigeria?

Gewalt, wie bei dem Angriff am Dienstag voriger Woche in Kenia ist die offensichtlichste Bedrohung. Aber die Ideologie zielt auch darauf, die säkularen und föderalen Institutionen der Länder zu zerstören. Sie zielt darauf, unterschiedliche Formen der Unzufriedenheit zu kanalisieren. Aus genau diesen Gründen ist militärische Überlegenheit nicht allein entscheidend. Es geht darum, mit den Menschen in der Region in Kontakt zu treten und glaubwürdige Vertreter unter ihnen zu rekrutieren, die sich der Herausforderung auch auf der ideologischen Ebene annehmen. Wir müssen die Resilienz der Gemeinden fördern, sich diesen Gruppen zu widersetzen.

Werden solche Strategien schon eingesetzt?

In den betroffenen Ländern wird seit über einem Jahrzehnt an Strategien gegen diese Gruppen gearbeitet. Nehmen wir das Beispiel Boko Haram in Nigeria: Im Jahr 2009 gab es eine Eskalation der Auseinandersetzung. Es gab zum einen die militärische Koordination mit den Nachbarländern Niger, Kamerun und Tschad. Seitdem gibt es für Nigeria einen Aktionsplan, der im Verlauf der Auseinandersetzung immer weiter verbessert wurde – etwa durch Gesetzesinitiativen wie den Terrorism Prevention Act; 2016 kam die National Counterterrorism Strategy hinzu, und 2017 folgte der National Action Plan on Countering Terrorism and Violent Extremism.

Aber was geschieht da konkret?

Wenn man die Gesetzgebung von 2011 ansieht, fällt auf, dass dort viele Bereiche nicht klar definiert waren. Der Plan von 2017 enthält hingegen alle wichtigen Komponenten und ist meiner Meinung nach eine sehr umfassende Strategie. Er enthält das Element der strategischen Kommunikation. Die zweite Komponente berücksichtigt, dass bei der Bekämpfung dieser Gruppen die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit gewahrt werden müssen. Es gab vor ein paar Jahren einen UN-Bericht, der festgestellt hat, dass 71 Prozent der Personen, die sich in Afrika solchen Terrorgruppen anschließen, es

aufgrund repressiver Regierungspolitik tun.

Aber in Nigeria ist diese Strategie doch erst vor zwei Jahren beschlossen worden. Inwiefern weiß man, ob sie funktioniert?

Die Beschaffenheit dieser Krise ist sehr komplex. Sie ist nichts, was man in kurzer Zeit bewältigen kann. Selbst wenn es gelingt, die Waffen zum Schweigen zu bringen, bleibt noch viel zu tun. Es gibt die Frage der intern Vertriebenen aus den Konfliktgebieten. In der Region des Tschad-Sees gibt es Millionen Binnenflüchtlinge. Das sind Probleme, für die es keine einfachen Lösungen gibt.